

## Theodor Scharnholz

### „Bill wollte viel für die Deutschen!“

William T. Neel als amerikanischer Militärregierungs- und  
Residenzoffizier in Heidelberg, 1948–1952

Nur noch wenige Zeitzeugen werden sich an William T. Neel erinnern, der in den Jahren 1948 bis 1952 in Heidelberg ein sehr einflussreiches Amt bekleidete. Man muss schon intensiv die Akten des Stadtarchivs und die Lokalzeitungen dieser Jahre durchforsten, um Neel und sein Wirken in und für Heidelberg dem historischen Vergessen zu entreißen. Die Tatsache, dass er nahezu völlig in Vergessenheit geraten ist, erstaunt um so mehr, als er nicht nur viel für die Deutschen wollte, wie das Heidelberger Tageblatt aus Anlass seiner Verabschiedung im Juni 1952 formulierte,<sup>1</sup> sondern für Stadt und Landkreis auch tatsächlich viel erreicht hat.

Es waren mehrere Gründe, die die Erinnerung an Neel schnell verblasen ließen. Da gab es zum einen die „natürliche Aversion der Deutschen gegen die Besatzung“, wie ein amerikanischer Historiker formulierte, der als erster die Tätigkeit der amerikanischen Militärregierung auf lokaler Ebene aufgearbeitet hat.<sup>2</sup> Und William T. Neel, so positiv sein Wirken in Heidelberg auch gewesen sein mag, war schließlich der maßgebliche Vertreter des Besatzungsregimes vor Ort, das man mitsamt seinen Institutionen und Personen möglichst schnell vergessen wollte. Es gab jedoch auch unmittelbare Gründe für ein schnelles Vergessen. Neel verstarb bereits in den 1960er Jahren, sodass von ihm selbst keine Impulse ausgehen konnten, sich in Erinnerung zu halten, wie es bei manchen anderen ehemaligen Besatzungsangehörigen der Fall war. Hinzu kam, dass Neel ein bescheidener und zurückhaltender Mensch war, der sich selbst öffentlich so weit zurücknahm, wie es sein Amt gerade noch zuließ. Bezeichnenderweise erschien von ihm – mit Ausnahme von zwei Porträtfotos – kein einziges Bild in den Lokalzeitungen. Die Rhein-Neckar-Zeitung merkte einmal sogar erstaunt an: „In Mr. Neel trafen wir den ersten Amerikaner, der einmal keine Publizität will.“<sup>3</sup>

Mit diesem Aufsatz sollen William T. Neel und seine amerikanischen Mitarbeiter nun doch noch die Publizität erhalten, die sie durch ihr Wir-

ken in Heidelberg verdient haben. Sie gehörten nämlich zu den Amerikanern, die in der Gründungs- und Frühphase der Bundesrepublik durch ihre Haltung und ihr Engagement die Perspektive einer westlich orientierten, demokratischen Bürgergesellschaft positiv besetzen halfen und von denen die Heidelberger politisch das Laufen in einem demokratischen Staatswesen neu lernten. Aber auch in ganz praktischer Hinsicht, bei der Erleichterung der Besatzungslasten, haben die Heidelberger ihnen einiges zu verdanken.

### 1. Die lokalen Strukturen der amerikanischen Militärregierung: LSO und KRO

Wie überall im eroberten Deutschland hatte die amerikanische Armee unmittelbar nach der Besetzung auch in Heidelberg eine Militärregierung eingesetzt, die die Geschicke der Stadt zunächst selbst in die Hand nahm.<sup>4</sup> Das im Amt verbliebene oder neu eingestellte deutsche Verwaltungspersonal wurde nur auf ihre Weisung hin tätig. Doch diese erste Phase der lokalen Militärregierung dauerte nur ein halbes Jahr. Bereits im November 1945 erlaubte es die amerikanische Besatzungsmacht den Kommunen, zur Selbstverwaltung zurückzukehren, wenn auch weiterhin unter Beobachtung von lokalen Vertretungen der amerikanischen Militärregierung, dem *Office of Military Government, U.S. Zone* (OMGUS). Die Vertretungen auf Ebene der Städte und Landkreise führten ab Mitte 1946 die Bezeichnung Verbindungs- und Sicherheitsbüro, *Liaison and Security Office* (LSO). Für die dort tätigen amerikanischen Offiziere blieb allerdings weiterhin die Bezeichnung *Military Government Officer* (Militärregierungs-offizier) üblich. Für das Verständnis der Rolle des LSO ist es wichtig zu wissen, dass es sich dabei nicht um eine Dienststelle der amerikanischen Besatzungstruppen handelte. Die Besatzungstruppen unter dem seit 1948 in Heidelberg stationierten Oberkommando *European Command* (EUCOM) – bzw. der zu dieser Zeit noch in das Oberkommando integrierten U. S. Army Europe (USA-REUR) – waren organisatorisch von OMGUS völlig getrennt. Nur in der Person des Oberbefehlshabers und Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay, war die Einheit der Führung des amerikanischen Besatzungsregimes gewährleistet.

Das LSO hatte im wesentlichen drei Aufgaben. Erstens hatte es die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der jeweiligen Stadt und im Landkreis zu beobachten und darüber der Militärregierung auf Landesebene, im Falle des LSO Heidelberg dem *Office of Military Govern-*



Abb. 1: William T. Neel  
als Major der U.S. Army,  
1946 (Foto Privatbesitz)

ment for Wuerttemberg-Baden (OMGWB) in Stuttgart zu berichten.<sup>5</sup> Die zweite, besonders öffentlichkeitswirksame Aufgabe bestand in der Umerziehung (re-education) der Deutschen zu einem demokratischen Selbstverständnis.<sup>6</sup> Später wurde wegen der massiven deutschen Vorbehalte gegen die Umerziehung meist der Begriff „Reorientierung“ (re-orientation) verwendet. Schließlich, drittens, hatte das LSO in amerikanischen Garnisonsstädten wie Heidelberg die wichtige Aufgabe, zwischen der deutschen Verwaltung und Bevölkerung und den amerikanischen Besatzungstruppen als Vermittler zu fungieren. Auf Seiten der Besatzungstruppen selbst war der Ansprechpartner das für die friedensmäßige Versorgung und Unterbringung zuständige Regionalkommando, der *Military Post*. In Nordbaden mit den Hauptgarnisonen Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim war es *Heidelberg Military Post* (HMP) mit Sitz in Seckenheim.

Das LSO SK/LK Heidelberg – so die offizielle Bezeichnung, wobei SK/LK für Stadt und Landkreis stand – bestand im Sommer 1948 aus dem eigentlichen *LSO-Detachment* und diversen fachlich unabhängigen, direkt unterstellten oder *Attached Teams*, die vom LSO administrativ betreut wurden. Zu letzteren gehörten die *Legal Section* (Besatzungsgericht), die *Information Control Division* (Lizenzierungsstelle für Publikationen) mit dem *U.S. Information Center* (Amerika-Haus), das *Project Paperclip* (Befragung deutscher Wissenschaftler) und die *Denazification Division* (Überwachung der Spruchkammertätigkeit). Im LSO und den übrigen Abteilungen waren zu diesem Zeitpunkt zehn Amerikaner und etwa 80 deutsche Mitarbeiter tätig, die allein im Heidelberger Rathaus noch 25 Räume belegten.<sup>7</sup> Im September 1948 übernahm William T. Neel die Leitung des LSO SK/LK Heidelberg. Im eigentlichen LSO waren zu diesem Zeitpunkt noch fünf weitere Amerikaner tätig, von denen insbesondere sein Stellvertreter William S. Fitzer namentlich zu nennen ist. Er war bereits vor Neel nach Heidelberg gekommen und blieb bis 1952 sein Mitarbeiter. Die zunächst 16 deutschen Mitarbeiter, von denen Anfang 1950 noch 10 übrig geblieben waren, arbeiteten als Sachbearbeiter/innen, Sekretärinnen oder Übersetzer/innen.

Mit der Bildung der ersten Bundesregierung im September 1949 wurden die Militärregierungen der drei westlichen Besatzungsmächte durch die Alliierte Hohe Kommission abgelöst. Im Besatzungsstatut wurde dem neuen deutschen Staat zugleich eine Teilsouveränität zugestanden. Der Rechtsstatus der Besatzungstruppen blieb allerdings unverändert. Das LSO wurde im Zuge dieser Entwicklung in ein *Kreis Resident Office* (KRO) umgebildet, das Teil des organisatorischen Unterbaus der amerikanischen Hohen Kommission, der sogenannten *U.S. High Commission for Germany* (HICOG) *Field Organization* war. Die Aufgaben des KRO veränderten sich gegenüber dem LSO insbesondere in der Schwerpunktsetzung. Die Reorientierung wurde jetzt eindeutig als Hauptaufgabe bestimmt. In Garnisonsstädten wie Heidelberg blieb allerdings in der Praxis die Mittlerfunktion zwischen der Kommune und den Besatzungstruppen – jedenfalls hinsichtlich des Arbeitsumfangs – ebenso bedeutend. Das frühere aus dem amerikanischen Militär rekrutierte Personal musste sich bei der Umstellung einer Eignungsprüfung für die künftigen Aufgaben unterziehen. Insgesamt wurde dabei etwa die Hälfte des LSO-Personals in der amerikanischen Besatzungszone für nicht geeignet befunden und abgelöst. Neel und Fitzer in Heidelberg bestanden offenbar die Prüfung; jedenfalls blieb personell alles beim Alten, wenn man davon absieht, dass Ende 1950

Edward E. Masters als zweiter Mitarbeiter Neels hinzukam. Die im KRO tätigen amerikanischen Zivilbeamten wurden von nun an als Residenzoffizier (*Resident Officer*) bezeichnet. Der Einfachheit halber wird diese Bezeichnung im folgenden durchgängig verwendet, auch wenn von Ereignissen vor der Umstellung die Rede ist.

## 2. William T. Neel und seine amerikanischen Mitarbeiter

Von der Biografie William T. Neels ist über seine Zeit in Heidelberg hinaus nicht sehr viel bekannt, vor allem kennen wir kaum exakte Lebensdaten. Neel wurde zwischen 1910 und 1915 in England geboren, wo er auch zur Schule ging. Er stammte aus einfachen Verhältnissen. Seine Eltern emigrierten später in die USA und lebten in New York, wo auch Neel selbst bis Anfang der 1940er Jahre tätig war. Da er über die Art seiner beruflichen Ausbildung und Tätigkeit nie Angaben machte, kann man davon ausgehen, dass sein beruflicher Werdegang nicht eben imponierend war. Nach Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg im Dezember 1941 trat er in die US-Armee ein. Er diente als Infanterieoffizier in der 3. US-Armee, die im März 1945 den Rhein überschritt und dann bis nach Österreich vorstieß. Dort erlebte Neel auch das Kriegsende.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde er zunächst bei den Militärregierungen in Günzburg und Schwäbisch-Hall in untergeordneten Verwendungen eingesetzt. Dann rückte er in eine untere Leitungsposition bei der Militärregierung für Nordbaden in Karlsruhe auf. Ein Bild von 1946, das in dieser Zeit aufgenommen worden sein dürfte, zeigt ihn als Major. In diesem Dienstgrad wurde er 1947 auch Leiter der Wohnungs- und Infrastrukturabteilung (*Housing and Real Estate Branch*) bei der Landesmilitärregierung in Stuttgart, die für die Registrierung und Verwaltung der von der amerikanischen Besatzungsmacht genutzten Infrastruktur zuständig war. Neel war zu diesem Zeitpunkt schon länger verheiratet und hatte einen etwa fünfjährigen Sohn. Im Rahmen der Familienzusammenführung, die die U.S. Army ab April 1946 gestattete, holte er seine Familie nach Stuttgart. Dort adoptierten die Neels ein etwa dreijähriges deutsches Mädchen, ein zu dieser Zeit noch sehr ungewöhnlicher und rechtlich problematischer Vorgang. 1947 oder Anfang 1948 wurde Neel zum Oberstleutnant befördert und zum Leiter des LSO in Göppingen ernannt. Er blieb dort allerdings nicht lange, denn bereits im September 1948 konnte ihn der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Hugo Swart dem Stadtrat als



*Abb. 2: William T. Neel (links) im Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Swart, November 1948 (Foto StA, Signatur 0100.356)*

neuen Chef des LSO vorstellen.<sup>8</sup> Zuvor hatte Neel allerdings seinen Abschied von der Armee genommen, sodass er in der Neckarstadt als erster ziviler Leiter des LSO seinen Dienst antrat.

Die Tatsache, dass Neel als Zivilamerikaner sein Amt in Heidelberg an-treten konnte, hat ihm gegenüber seinen Vorgängern sicher einen Bonus verschafft. Freilich gehörte Neel von seiner Persönlichkeit her ohnehin nicht zu dem Typus des unsensiblen und zackig-forschen Besatzungsoffiziers, wie man ihn auch in Heidelberg in der Person seines Vorvorgängers, Oberstleutnant James H. Lynch, leidvoll kennen gelernt hatte.<sup>9</sup> Vielmehr war er im Umgang mit seinen deutschen Gegenübern und Mitarbeitern taktvoll, einfühlsam und in der Form verbindlich. Allerdings war er auch konsequent und hartnäckig in der von ihm zu vertretenden Sache. Er nahm dabei auch die berechtigten deutschen Interessen durchaus ernst und versuchte ihnen nach bestem Vermögen gerecht zu werden. So war Neel entsetzt über die katastrophalen Lebensbedingungen im Nachkriegsdeutschland. „Er fand’s fürchterlich, die Zustände“, erinnert sich eine Zeitzeugin.<sup>10</sup> Der HICOG-Maxime für die Residenzoffiziere, sie müssten ein „echtes Mitgefühl mit und Verständnis für das deutsche Volk“ entwickeln, folgte

Neel daher auch aus innerer Überzeugung.<sup>11</sup> Zwischen den Stadtoberen und Neel entwickelte sich dabei schnell ein durchaus vertrauensvolles Verhältnis.

Neel bezog in Heidelberg zusammen mit seiner Familie ein requiriertes Haus an der Blumenthalstraße in Neuenheim. Über die Kinder ergaben sich freundschaftliche Beziehungen auch zu deutschen Familien. Noch lebende Zeitzeugen schildern „Bill“ Neel und vor allem auch seine Frau Ida als sehr aufrichtige, zugängliche und völlig unpräntöse Nachbarn, die den Deutschen gegenüber versöhnlich und hilfsbereit gewesen seien. Mit der deutschen Sprache hatten sie allerdings beide, ganz im Gegensatz zu ihren Kindern, erhebliche Probleme. Wie seine ehemalige Sprachlehrerin sich erinnert, gab sich Neel zwar viel Mühe beim Erlernen der deutschen Sprache und man habe viel Spaß im Unterricht gehabt, aber die Ergebnisse seien doch bescheiden gewesen. Immerhin bescheinigte das Heidelberger Tageblatt seinen Sprachbemühungen einen „beachtlichen Erfolg“.<sup>12</sup>

Die Zeit in Heidelberg war für Neel der Höhepunkt seines Berufslebens. Mit der Auflösung der HICOG *Field Organization* im Juni 1952 schied er aus dem amerikanischen Staatsdienst aus, ob freiwillig oder gezwungen, ist unklar. Neel war zu diesem Zeitpunkt nicht viel älter als vierzig Jahre, und man hätte erwartet, dass er aufgrund seiner in Deutschland gesammelten Erfahrungen eine gehobene Stellung in der Verwaltung oder im Management einer Firma finden würde. Doch gelang ihm dieser Sprung nicht. Stattdessen musste er sich in der amerikanischen Heimat mehr schlecht als recht als Handelsvertreter durchschlagen. Verschlimmert wurde seine Lage durch familiäre Probleme und den Verlust seines Hauses in einem Hurrikan. Mitte der 1960er Jahre erfuhren Heidelberger Bekannte, die noch in Briefkontakt zur Familie standen, von seinem Tod. William T. Neel ist demnach bereits im Alter von gut fünfzig Jahren gestorben.

Über seine amerikanischen Mitarbeiter ist noch weit weniger bekannt als über ihn selbst. William S. Fitzer war älter als Neel. Auch er war als amerikanischer Offizier nach Deutschland gekommen und hatte verschiedene Tätigkeiten bei der amerikanischen Militärregierung wahrgenommen. Er hatte Majorsrang, bevor er 1948 als Zivilangestellter ins Heidelberger LSO kam. Zeitzeugen berichten, dass er der Gebildetere von beiden gewesen sei und feinere Umgangsformen besessen habe. Bei der Arbeitsteilung innerhalb des KRO scheint sich Fitzer schwerpunktmäßig mit „Reorientierung“ befasst zu haben. Wann genau er Heidelberg verlassen hat, war nicht zu ermitteln. Ein letztes dienstliches Schreiben wurde von ihm Ende Februar 1952 unterzeichnet. Edward E. Masters kam im Dezember 1950 in das KRO Heidelberg. Er war im Krieg ebenfalls Offizier der amerikani-

schen Armee gewesen, aber bereits 1946 als Oberleutnant entlassen worden. Er absolvierte anschließend ein Studium und wurde dann 1949 als Berufsdiplomat in den amerikanischen Auswärtigen Dienst übernommen. Dort blieb er auch nach seiner Tätigkeit als Residenzoffizier in Heidelberg weiter beschäftigt, die er zusammen mit Neel im Juni 1952 beendete.

### 3. Der Residenzoffizier und die „Reorientierung“ in Heidelberg

Nachdem sich die amerikanische Militärregierung zunächst auf die Wiedererrichtung demokratischer Institutionen konzentriert hatte, ging es ihr ab 1947/48 verstärkt darum, das demokratische Bewusstsein auch in den Köpfen der Menschen zu verankern und deren Bürgersinn und bürgerschaftliche Eigeninitiative zu reaktivieren. Das sollte in Form des *grass-roots approach* geschehen, des Aufbaus und der Wiederbelebung demokratischer Traditionen „von unten“. Neben zahlreichen anderen Maßnahmen – erwähnt sei nur die Lizenzpresse und das umfangreiche Filmprogramm – dienten dazu vor allem regelmäßige Bürgerversammlungen (*townhall meetings*) und offene Foren (*open forums*). In Bürgerversammlungen sollte sich die Verwaltung den Fragen und der Kritik der Bürger stellen, während in den Bürgerforen aktuelle Probleme mit Experten grundsätzlich diskutiert wurden. Idealerweise sollte der Residenzoffizier für die Aktivierung des Bürgersinns und die demokratische Teilhabe in derartigen Veranstaltungen nur anfängliche Anregungen geben und selbst im Hintergrund bleiben. Die Initiative, so hoffte man, würde dann nach und nach von engagierten Bürgern bzw. von sich selbst organisierenden Bürgervereinigungen und -ausschüssen übernommen.

Die erste Bürgerversammlung in Heidelberg fand Ende Januar 1948 statt, noch bevor Neel das LSO übernahm. Die Rhein-Neckar-Zeitung bewertete die Versammlung uneingeschränkt positiv und zog die Schlussfolgerung, dass die Teilnehmer mit dem Gefühl gegangen seien, „daß solche Treffen fruchtbar und anregend sein können, echter Demokratie dienen und eigentlich eine ständige Einrichtung werden müssten.“<sup>13</sup> Im Gegensatz dazu stießen die Bürgerversammlungen und Foren von Anfang an auf den inhaltenden Widerstand der Kommunalverwaltung, die darin eine unerträgliche Einmischung in ihre Amtsgeschäfte sah. Die Verwaltungsoberen zogen es eindeutig vor, ihren Aufgaben in alter Manier unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit nachzugehen. Insbesondere Landrat Herbert Klotz machte aus seiner Abneigung gegen die öffentlichen Versammlungen keinen Hehl. Er bemängelte deren niedriges Niveau,



witterte amerikanische Propaganda und sah sie insgesamt als ein Ärgernis an, das der Verwaltung nur kostbare Arbeitszeit raube ohne ihr Nutzen zu bringen. Zeitweilig verweigerte er seine Teilnahme und hielt auch seine Beamten davon ab. Der Heidelberger Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung wie auch die Bürgermeister der übrigen Städte und Gemeinden im Kreis sahen das nicht wesentlich anders, auch wenn sie ihre Ablehnung nicht so offen zeigten. Anfang 1949 berichtete Neel an das OMGWB, dass bisher keine Bürgerversammlung und kein Forum ohne ständiges Drängen seinerseits stattgefunden habe.<sup>14</sup> Noch Anfang 1950 beklagte er sich darüber, dass die Unterstützung der Beamten der Stadtverwaltung Heidelberg in dieser Sache keineswegs seinen Erwartungen entspreche.<sup>15</sup>

Dennoch führten Neel und Fitzer die Bürgerbeteiligung zu einem beachtlichen Erfolg. Auch wenn es der Verwaltung nicht gefiel, die Bürger nahmen das von den Amerikanern mit Nachdruck propagierte Angebot geradezu enthusiastisch auf. Bereits für 1948 konnte Neel eine Gesamtzahl von 15 Bürgerversammlungen und Foren in der Stadt und im Landkreis Heidelberg mit insgesamt 4.400 Teilnehmern melden.<sup>16</sup>

Inhaltlich befassten sich diese ersten Versammlungen und Foren hauptsächlich mit den die Bürger bedrückenden Problemen der Versorgung und der Wohnungsnot. Das waren indessen Themen, für die die amerikanische Militärregierung selbst einen erheblichen Teil der Verantwortung trug, insbesondere in den großen amerikanischen Garnisonen, wo in den ersten Nachkriegsjahren umfangreiche Requisitionen von öffentlicher und privater Infrastruktur, nicht zuletzt einer Vielzahl von Wohn- und Geschäftsgebäuden, vorgenommen worden waren.<sup>17</sup> Es war daher für die Bereitschaft der Bürger, an den Veranstaltungen teilzunehmen, und für deren Glaubwürdigkeit von ausschlaggebender Bedeutung, dass sich auch die Vertreter der Militärregierung den Fragen und der Kritik der Bürger stellten. In der Tat geschah dies. So nahmen beispielsweise am vorgenannten ersten *Town-Hall-Meeting* in Heidelberg neben dem Leiter des örtlichen LSO insgesamt weitere sechs führende Beamte von OMGUS und OMGWB teil. Ein so großes Aufgebot blieb zwar die Ausnahme, aber zumindest der Residenzoffizier stand den Bürgern regelmäßig Rede und Antwort, wenn das Thema unmittelbar das amerikanische Besatzungsregime betraf.

Wie angedeutet ging die Saat des *grass-roots approach* in Heidelberg trotz des hinhaltenden Widerstands der Verwaltung auf und trug bald reife Frucht. Überall in den Stadtteilen und in den Gemeinden des Kreises bildeten sich mit tatkräftiger Unterstützung von Neel und Fitzer nach und nach Bürgergemeinschaften und Forumsausschüsse, die die Veranstaltungen in die eigene Regie übernahmen. In Heidelberg selbst fanden sich

dazu im Frühjahr 1949 verschiedene Vereinigungen und Parteien in einer Überparteilichen Arbeitsgemeinschaft (ÜPAG) zusammen, die sich mit dem Ersuchen an den Oberbürgermeister wandten, regelmäßige Bürgerforen zu veranstalten.<sup>18</sup> Der Oberbürgermeister war zwar von der Initiative wenig begeistert, erkannte aber, dass er dem von der amerikanischen Militärregierung gestützten Ansinnen nicht ausweichen konnte. Um die Entwicklung unter Kontrolle zu halten, ergriff er die Flucht nach vorn und ließ nun Bürgerversammlungen und -foren durch die Stadt selbst organisieren. Die Eigeninitiative der diversen Bürgergruppierungen war aber dadurch nicht mehr zu stoppen. Immer wieder beriefen sie auch selbst Versammlungen ein. Der Erfolg all der Bemühungen und Initiativen ist an den Zahlen abzulesen. Für die Zeit von September bis Dezember 1949 meldete der Residenzoffizier für Stadt und Kreis Heidelberg 23 Bürgerveranstaltungen, davon allein 7 in Heidelberg selbst.<sup>19</sup> Die Bürgerbeteiligung war inzwischen fest etabliert und die diversen Bürgerausschüsse, die die Veranstaltungen organisierten, schlossen sich sogar auf Kreisebene zusammen. Schließlich fand sich auch der Landrat damit ab und versuchte nun regelnd einzugreifen, indem er den Kommunen die Abhaltung von jährlich etwa vier Foren empfahl.<sup>20</sup> Man muss das wohl als Eingeständnis eines totalen Misserfolgs seines Widerstands werten.

Die Themenstellung der Bürgerversammlungen und Foren hatte sich – jedenfalls in Heidelberg selbst – zwischenzeitlich erheblich verlagert und ausgeweitet. Man befasste sich einerseits mit aktuellen kommunalpolitischen Themen, im Jahr 1950 etwa mit der heftig umstrittenen Frage der Einrichtung eines Spielkasinos und mit der Theaterkrise in der Stadt. Dann gab es eine Reihe von Foren mit informativem Charakter, so Podiumsdiskussionen mit Teilnehmern an Besuchsprogrammen in den USA.<sup>21</sup> Aber natürlich blieb auch die unmittelbar mit der amerikanischen Garnison verbundene Frage der Requisitionen auf der Tagesordnung. Das war um so mehr der Fall, als sie mit dem Baubeginn für die amerikanische Wohnsiedlung rund um das Hauptquartier in Rohrbach neue Aktualität und Brisanz gewann, da dafür in großem Umfang privates Garten- und landwirtschaftlich genutztes Gelände requiriert werden musste. In diesem Zusammenhang kam es in Rohrbach wiederholt zu spontan einberufenen Bürgerversammlungen, die den Charakter massiver Protestversammlungen trugen und im April 1952 sogar zu einem Protesttelegramm der Teilnehmer an Bundeskanzler Konrad Adenauer führten.<sup>22</sup>

Bei der Demonstration von soviel Bürgercourage mag sich der Residenzoffizier gelegentlich die Frage gestellt haben, ob er den Rohrbachern vielleicht zu viel bürgerliches Selbstbewusstsein vermittelt habe. Ander-

erseys machen gerade die Bürgerversammlungen demjenigen, der heute ihren Hintergründen nachspürt, deutlich, wie wichtig die demokratische Kontrolle der Verwaltung war. Die Stadtverwaltung arbeitete nämlich im stadtplanerischen und wirtschaftlichen Interesse hinter dem Rücken der Betroffenen und sogar des Stadtrates eng und geradezu konspirativ mit *Heidelberg Military Post* zusammen und förderte uneingeschränkt die amerikanischen Bauprojekte.<sup>23</sup> Den Residenzoffizier, der natürlich davon wusste, brachte das mitunter in eine schwierige Lage und einen Loyalitätskonflikt zwischen widerstreitenden Interessen des amerikanischen Besatzungsregimes. Sollte er solche Machenschaften der Stadtverwaltung im Verein mit HMP aufdecken und sich damit ganz auf die Seite der betroffenen Bürger stellen? Schon weil Letztere in erster Linie ihre persönlichen Interessen im Auge hatten und es ihnen bei ihrem Protest auch um ein Hochtreiben der Grundstückspreise ging – sie wurden bei Requisitionen finanziell entschädigt –, tat Neel das nicht. Aber immerhin stellte er sich bei den Versammlungen auch keineswegs voll auf die Seite der Stadtverwaltung, sondern kritisierte deren ungenügende Information der Öffentlichkeit und nahm damit eine zeitweilige Verstimmung zwischen ihm selbst und den Stadtoberen in Kauf.<sup>24</sup>

Insgesamt ist festzustellen, dass Neel und Fitzer, später mit tatkräftiger Unterstützung auch von Masters, in bemerkenswerter Weise dazu beigetragen haben, die demokratischen Institutionen in der Stadt und im Landkreis durch die Weckung des bürgerlichen Interesses und Engagements mit Leben zu erfüllen. Diese Leistung ist um so höher zu veranschlagen, als sie teilweise gegen den erklärten Widerstand der noch in obrigkeitstaatlichen Vorstellungen verhafteten deutschen Verwaltungsspitze durchgesetzt wurde. Natürlich handelte es sich bei der Initiative der Residenzoffiziere für die Bürgerversammlungen und Foren um einen ihnen vorgegebenen offiziellen Auftrag zur Umerziehung und Reorientierung. Aber ohne ihren ganz persönlichen, beharrlichen und mit Überzeugungskraft vorgetragenen Einsatz wäre ihm wohl kaum Erfolg beschieden gewesen.

#### 4. *Der Residenzoffizier als Mittler zwischen der Stadt und der US-Garnison*

Im Gegensatz zur „Reorientierung“ wurde die Mittlerfunktion des Residenzoffiziers allgemein beifällig aufgenommen. Sowohl die Stadtverwaltung als auch die von Requisitionen betroffenen Bürger hofften darauf, dass Neel bei den vielfältigen Problemen mit HMP vermittelnd eingrei-

fen würde. Umgekehrt waren auch die Erwartungen von HMP an den Residenzoffizier hoch, das Verhältnis zur Stadtverwaltung und zur Bevölkerung positiv in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dahinter stand das Interesse der Besatzungstruppen, ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu den Deutschen herzustellen. Gute Beziehungen waren aus ihrer Sicht einmal erforderlich, um eine annehmbare Umgebung für die amerikanischen Soldaten und ihre Familien zu schaffen und dadurch die Motivation und die Moral der Truppen zu stärken. Dann wurde im sich zuspitzenden Kalten Krieg ein militärischer Angriff der Sowjets zunehmend für möglich gehalten, und für diesen Fall wollte man sich der bereitwilligen Unterstützung der deutschen Bevölkerung versichern, um die eigene Operationsfreiheit zu gewährleisten.

Angesichts der zumeist widerstreitenden Interessen und Problemlagen zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung – zu denken ist hier hauptsächlich an die Requisitionen und an Übergriffe amerikanischer Soldaten aller Art – war die Mittlerfunktion keine beneidenswerte und leicht zu lösende Aufgabe. Das galt um so mehr, als der Residenzoffizier weder gegenüber der Stadt oder der Bevölkerung noch gegenüber HMP unmittelbare Kompetenzen hatte, um seine Position durchzusetzen. Das mochte bei den Ersteren noch angehen. Bei ihnen konnte er aufgrund der Tatsache, dass er die amerikanische Besatzungsmacht vertrat, mit einiger Willfährigkeit rechnen. Bei HMP galt das natürlich nicht. Hier war er ganz auf seine Überzeugungskraft und die Loyalität der dort tätigen Offiziere ihm als Landsmann und seiner Aufgabe gegenüber angewiesen. Zum Glück für Neel und für die Sache verstand er sich mit dem Kommandeur von HMP, Colonel Peter J. Lloyd, der zwischen August 1949 und März 1952 diesen Posten innehatte, also während zwei Dritteln von Neels Amtszeit, persönlich sehr gut.

Grundsätzlich war der Residenzoffizier für beide Seiten, nicht nur für die Verwaltung sondern auch für Einzelpersonen, der Ansprechpartner, wann immer Probleme zu lösen waren oder es sonstigen Regelungsbedarf gab. Das war bei den vielen kleinen Querelen zwischen deutschen Bürgern und amerikanischen Soldaten recht unerquicklich für ihn, zumal ihm jede Befugnis zum direkten Eingreifen fehlte. So kam es häufig vor, dass sich Heidelberger Bürger an ihn wandten, weil amerikanische Soldaten ihnen etwas schuldig geblieben waren, sei es dass sie eine Zeche nicht bezahlt oder sonst eine Bezahlung nicht vorgenommen hatten. Der Residenzoffizier konnte in solchen Fällen nichts anderes tun, als auf die militärischen Vorgesetzten der Soldaten zu verweisen oder – in schwerwiegenderen Fällen – sich selbst an diese zu wenden. Freilich hinterließen amerikani-

sche Zechpreller, Betrüger und Schuldenmacher nur in den seltensten Fällen ihre Personalien, sodass in der Regel gar nichts unternommen werden konnte. Neel blieb deswegen nur übrig, die Bevölkerung zu einem entsprechend vorsichtigen Vorgehen bei Geschäften mit Amerikanern zu mahnen.<sup>25</sup>

Natürlich gab es auch Bereiche direkter Zusammenarbeit mit den Besatzungstruppen. Der Residenzoffizier hätte mit seinem kleinen Mitarbeiterstab die vielen Routinebeziehungen auch gar nicht bewältigen können. Das galt insbesondere für die Finanzabwicklung, das heißt die Bezahlung der von den Besatzungstruppen verursachten Besatzungskosten.<sup>26</sup> Die im HMP-Bereich anfallenden Besatzungskosten wurden vom Besatzungskostenamt Heidelberg abgerechnet, das organisatorisch in die Stadtverwaltung integriert, aber fachlich selbstständig war. Auch andere Routineangelegenheiten wurden direkt zwischen den städtischen Dienststellen und den zuständigen HMP-Abteilungen abgewickelt. Das galt beispielsweise für die städtischen Versorgungsbetriebe und für die alltägliche polizeiliche Zusammenarbeit. Gleichwohl blieb der Residenzoffizier für diese Bereiche prinzipiell zuständig und er musste bei allen besonderen Vorkommnissen, oder wenn es etwas Grundsätzliches zu regeln gab, eingeschaltet werden.

Tatsächlich betrafen zahlreiche Regelungen und Absprachen, die Neel anregte und um die er sich aktiv bemühte, die polizeiliche Zusammenarbeit. Dazu muss man wissen, dass das Polizeiwesen von der amerikanischen Militärregierung weitgehend dezentralisiert worden war und in der Verantwortung der Kommunen lag. Städte mit mehr als 5 000 Einwohnern mussten eine eigene Ortspolizei aufstellen, die dem (Ober-)Bürgermeister unterstand. So hatte die Militärregierung auch in Heidelberg sofort nach der Besetzung der Stadt, noch ehe dazu eine allgemeine Weisung ergangen war, die Aufstellung einer städtischen Polizei unter einer in die Stadtverwaltung integrierten Polizeidirektion angeordnet. Allerdings unterstand das amerikanische Besatzungspersonal generell nicht dem deutschen Recht und infolgedessen hatte auch die deutsche Polizei ihm gegenüber keine Befugnisse. Polizeiaufgaben gegenüber Amerikanern – wenn Amerikaner, amerikanisches Eigentum oder amerikanische Rechte mitberührt waren, auch gegenüber Deutschen – mussten daher von einem eigenen amerikanischen Polizeisystem wahrgenommen werden. Diese Funktion oblag dem für Sicherheit und Ordnung in der Garnison zuständigen *Provost Marshall*, dem dafür die amerikanische Militärpolizei, die *Military Police* (MP) unterstellt war. Für den Kriminalbereich gab es darüber hinaus das *Counter Intelligence Corps* (CIC), dem zugleich auch die militärische Abwehr zugeordnet war. Die Parallelität und vielfältige Überschnei-

derung von zwei Polizeisystemen machte enge Abstimmungen und gemeinsame Verfahrensregelungen unumgänglich.

Deswegen hatte die Stadt schon 1945 eine eigene Polizeiverbindungsstelle eingerichtet. Allerdings waltete die MP in den ersten Nachkriegsjahren ziemlich selbstherrlich, sodass die deutsche Polizei kaum mehr als eine Statistenrolle wahrnehmen konnte, sobald die MP auftauchte.<sup>27</sup> Erst allmählich und mit anfänglich großen Schwierigkeiten wurden unter Vermittlung des LSO Verfahren der polizeilichen Zusammenarbeit entwickelt. So wurden beispielsweise, nach einem nicht sehr ermutigenden ersten Versuch Ende 1947, ab Oktober 1949 gemeinsame Streifen der städtischen Polizei und der amerikanischen Militärpolizei eingerichtet, die nach erneuten anfänglichen Problemen mit mangelnder Kooperationsbereitschaft der MP schließlich ein Erfolg wurden.<sup>28</sup> Neel hatte den Erfolg mit vorbereitet. Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts im September 1949 wurde allerdings das Polizeiwesen wieder voll in deutsche Verantwortung übernommen, sodass der Residenzoffizier von diesem Zeitpunkt an darauf keinen unmittelbaren Einfluss mehr nehmen konnte. Wie erwähnt, änderte sich der Status des amerikanischen Besatzungspersonals aber nicht. Es blieb auch weiterhin vom deutschen Recht unberührt, sodass auch die Parallelität und Überschneidung der beiden Polizeisysteme bestehen blieb. Auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Polizei war daher Neel als Vermittler und Schlichter in Streitfragen auch weiterhin gefragt.<sup>29</sup>

Auch wenn, wie angedeutet, der Residenzoffizier durchaus von Heidelberger Bürgern als Mittler zu den Besatzungstruppen in Anspruch genommen wurde, der Großteil seiner Mittlertätigkeit bezog sich auf die Beziehungen zwischen der Stadt und HMP. Das ergab sich schon daraus, dass Oberbürgermeister Dr. Swart bestrebt war, seinerseits die Verbindungen zwischen Bürgerschaft und Residenzoffizier unter Kontrolle zu halten, um ein Unterlaufen seiner kommunalen Zuständigkeit zu verhindern. Es kam seinen Intentionen daher entgegen, dass im Sommer 1949 auf Vorschlag Neels regelmäßige monatliche Besprechungen zwischen dem Oberbürgermeister, dem Kommandeur HMP und dem Residenzoffizier eingerichtet wurden, wobei jeder der Beteiligten entsprechend der jeweiligen Tagesordnung Experten mitbringen konnte.

Solche Besprechungen erscheinen heute völlig unspektakulär und angesichts des großen Abstimmungsbedarfs durchaus selbstverständlich, waren es aber zu dieser Zeit keineswegs. Das zeigt sich an zweierlei. Erstens wurden die Besprechungen überraschenderweise geheim gehalten. Offenbar war man der Auffassung, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den lokalen Besatzungsdienststellen bei der Bevölkerung auf

Missfallen stoßen und als Kollaboration abgelehnt werden könnte. Zudem wollte man wohl bestimmte Themen, etwa Absprachen über Bauprojekte, nicht bekannt werden lassen und so die frühzeitige Formierung von Protestgruppen verhindern. Für die Stadt hatte die Geheimhaltung außerdem den Vorteil, dass sie sich hinter angeblichen, nicht zu beeinflussenden Entscheidungen der Besatzungsmacht verstecken konnte. Dass es sich bei den Besprechungen noch längere Zeit nicht um eine Normalität handelte, lässt sich zweitens daraus erkennen, dass das Heidelberger Beispiel noch anderthalb Jahre später, im Dezember 1950, allen *Post Commanders* in der amerikanischen Besatzungszone als vorbildlich und nachahmenswert empfohlen wurde.<sup>30</sup>

Bei den Besprechungen wurde versucht, für lokale Probleme gemeinsam vor Ort Lösungen zu finden. Freilich verwendete sich Neel auch auf höherer Ebene zugunsten der Stadt, wenn eine Lösung vor Ort nicht möglich war. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist eine Regelung, die 1950 durch seine Vermittlung für die Benutzung der Heidelberger öffentlichen Verkehrsmittel getroffen wurde. Generell konnten Besatzungsangehörige deutsche öffentliche Verkehrsmittel kostenlos benutzen. Für die Heidelberger Straßen- und Bergbahn A. G. (HSB) bedeutete das herbe Einnahmeverluste, da sie nicht nur die in Heidelberg wohnenden Besatzungsangehörigen beförderte, sondern auch zahlreiche andere, aus der ganzen US-Zone als Touristen anreisende Amerikaner. Nach den Berechnungen der HSB beförderte sie monatlich etwa 60.000 Amerikaner, was etwa 10.000 DM Einnahmeverlust ausmachte.<sup>31</sup> Die HSB-Leitung wandte sich daher mit dem Problem an Neel, um eventuell eine Lösung zu finden. Da es sich um eine Grundsatzfrage des Besatzungsregimes handelte, konnte er selbst keine Entscheidung treffen. Aber er wies die HSB-Bitte auch keineswegs ab, sondern legte sie U.S. HICOG mit einer positiven Stellungnahme vor. HICOG bemühte sich dann um eine Kompromisslösung, die die kostenlose Beförderung nur noch für Soldaten in Uniform vorsah.<sup>32</sup>

Der arbeitsmäßig umfangreichste Bereich im Rahmen der Mittlerfunktion des Residenzoffiziers waren die Bemühungen um Freigaben von requirierten öffentlichen und privaten Einrichtungen aller Art. Umfangreich war dieses Arbeitsfeld vor allem, weil ihm von der Stadt, aber auch von privaten Eigentümern, eine Vielzahl von Eingaben und Gesuchen auf Freigabe zur Entscheidung vorgelegt wurden. So machte die Stadt in den Jahren 1948/49 allein zur Freigabe von requirierten Geschäftsräumen 29 umfangreiche Eingaben an die Militärregierung, die als Grundlage für nachfolgende Verhandlungen gedacht waren.<sup>33</sup> In den folgenden Jahren steigerte sich die Zahl noch erheblich. Solche Eingaben der Stadt und auch von Privat-

leuten wurden durch den Residenzoffizier in Zusammenarbeit mit HMP jeweils sorgfältig geprüft, jedenfalls dann, wenn sie gut begründet waren und konkrete Alternativvorschläge unterbreitet wurden. Dabei war die Position des Residenzoffiziers nicht einfach, denn die US-Armee vertrat den simplen Grundsatz, requirierte Gebäude und Grundstücke seien nur freizugeben, sofern sie nicht mehr benötigt würden oder von deutscher Seite gleichwertiger Ersatz gestellt würde.<sup>34</sup> Der Spielraum Neels lag darin, im Benehmen mit Colonel Lloyd im konkreten Einzelfall eine großzügige Auslegung des Grundsatzes zugunsten der deutschen Eigentümer zu erreichen. Dazu bedurfte es mitunter zäher interner Verhandlungen, die Neel in deren Interesse zu führen hatte.

Das Thema Requisitionen und Freigaben war naturgemäß brisant. Das galt schon unter dem grundsätzlichen Gesichtspunkt, dass kein öffentlicher oder privater Eigentümer darüber glücklich sein konnte, wenn ihm gehörende Gebäude von den Besatzungstruppen zwangsweise in Anspruch genommen wurden. Die dafür gezahlte Entschädigung war gering und konnte die Eigennutzung nicht ersetzen. Das galt um so mehr, als ohnehin eine allgemeine Wohnungs- und Raumnot herrschte, und die Requisitionen den wirtschaftlichen Wiederaufbau behinderten. Es ist deswegen auch nicht verwunderlich, dass sich Anfang 1949 eine organisierte Interessenvertretung der betroffenen Haus- und Grundstückseigentümer bildete, die Interessengemeinschaft der Besatzungsbetroffenen (IGB), die sehr rührig und mit einer gewissen Verbissenheit um ihre Ziele zu kämpfen begann. Neben häufigen Protestversammlungen, die regelmäßig großen Niederschlag in der Lokalpresse fanden, veranstaltete die IGB 1951 im Rahmen des Landesverbandes der Besatzungsgeschädigten – der Heidelberger Dr. Ernst Hantge war Vorsitzender der Interessengemeinschaft und zugleich des Landesverbandes – zwei spektakuläre Demonstrationen in Heidelberg.<sup>35</sup>

Der Residenzoffizier versuchte anfangs, die organisierten Besatzungsbetroffenen wegen ihrer „hemmungslosen Agitation“, so ein Vorwurf der württembergisch-badischen Landesregierung,<sup>36</sup> zu ignorieren. Wegen der großen Publizität, die die IGB in der Lokalpresse erhielt, sah sich Neel dann aber doch gezwungen, sich auf eine Diskussion mit ihr einzulassen. Er bewies dabei eine außerordentliche Besonnenheit, auch wenn die Wellen hochgingen. Als sich beispielsweise eine Versammlung der IGB zum Tumult entwickelte und der ebenfalls anwesende Oberbürgermeister sie unter Protest verließ, ließ er sich kaum beeindrucken und legte seine Sicht der Dinge weiter ruhig und nüchtern dar.<sup>37</sup> Für die Anliegen des IGB, deren Mitgliedschaft sich fast ausschließlich aus den Eigentümern von re-



quirierten Wohnhäusern rekrutierte, konnte Neel im übrigen nur wenig tun. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die requirierten Wohnungen, wie auch die Hotels, erst nach Fertigstellung des zweiten großen amerikanischen Wohnbauprojektes am Hegenichhof, heute Patrick-Henry-Village, im Sommer 1955 freigegeben.<sup>38</sup>

Bei der Lösung anderer Requisitionsprobleme konnte Neel demgegenüber durchaus Einfluss nehmen und tat dies auch. Das markanteste Beispiel dafür ist sein Einsatz zur Freigabe von Geschäftshäusern in der Hauptstraße um die Jahreswende 1949/1950. Mit der Währungsreform im Juni 1948 war der Einzelhandel wieder profitabel geworden. Viele Einzelhandelsgeschäfte, darunter die großen Textilhäuser Bredl & Co und A. Kraus KG, waren noch requiriert, und die Inhaber betrieben ihr Geschäft in kleinen Behelfsläden. Einige Geschäftsleute wandten sich deswegen an die Lokalpresse und im November 1949 starteten die Rhein-Neckar-Zeitung und das Tageblatt eine großangelegte Kampagne für die Freigabe der beiden Textilhäuser. In die Kampagne wurden die Stadtverwaltung, die Industrie- und Handelskammer, der Einzelhandelsverband, die Gewerkschaft und andere Institutionen eingebunden. Argumentiert wurde insbesondere mit Hinweisen auf die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die drohende Abwanderung von Kunden nach Mannheim, den Verlust von Steuereinnahmen und die Behinderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Das Tageblatt verstieg sich sogar zu einem offenen Brief an den amerikanischen Hohen Kommissar.<sup>39</sup>

Neel hatte sich schon vorher in die Diskussion eingeschaltet und grundsätzliches Verständnis für die Forderung nach Freigabe der Textilhäuser geäußert. Zugleich erklärte er aber auch, dass die berechtigten Ansprüche der US-Armee dafür keinen Spielraum lassen würden, da in den Geschäftsräumen die Einrichtungen für die private Bedarfsartikelversorgung der Garnison, der Post Exchange (PX), untergebracht seien. Nichtsdestoweniger sagte er eine genaue Prüfung des Problems zusammen mit Colonel Lloyd zu und versprach, innerhalb von 30 Tagen der Öffentlichkeit ein Ergebnis vorzulegen. Er hielt seine Zusage ein und konnte Anfang 1950 als Ergebnis den Neubau eines *Shopping Center* für die US-Garnison ankündigen. Man war in Heidelberg des Lobes voll über das amerikanische Entgegenkommen. Die Geschäftsinhaber sprachen Neel für sein erkennbares Bemühen um eine Lösung des Problems öffentlich ihren Dank aus.<sup>40</sup> Bereits im November desselben Jahres konnte das neu gebaute amerikanische Einkaufszentrum am heutigen Czernyring seiner Bestimmung übergeben und bald darauf ein Großteil der Geschäftshäuser in der Hauptstraße freigegeben werden. Lob und Dank an Neel für sein persönliches Be-



Abb. 3: William T. Neel (links) mit Vater und Sohn, 1955 (Foto Privatbesitz)

mühen in dieser Angelegenheit waren nicht ganz unberechtigt, denn sicher hatte sein Einsatz zu einer schnellen Lösung des Problems beigetragen. Allerdings war sein Engagement nicht so ausschlaggebend, wie es den Anschein hatte. Bestenfalls hat er die Lösung des Problems beschleunigen können, denn was man in der Heidelberger Öffentlichkeit nicht wusste, der Neubau eines Einkaufszentrums war schon geplant, als die Freigabekampagne an lief.<sup>41</sup>

Als ein weiteres Beispiel für Neels Mitwirkung bei der Lösung von Requisitionsproblemen von Gebäuden kann das Hin und Her um die Freigabe der Kaufhalle gelten. Das Verkaufsgebäude der Kaufhallen AG in der Sofienstraße war 1945 requiriert worden und diente seit Ende der vierziger Jahre den *German Youth Activities* (GYA), dem Jugendprogramm der US-

Armee für deutsche Kinder und Jugendliche (*Civic Center*) als zentrales von insgesamt drei Jugendzentren in der Stadt. Ende 1951 wurde die Freigabe dringlich, weil der Kaufhallen AG die bis dahin genutzten Ausweichgeschäftsräume gekündigt worden waren. Ähnlich wie im Falle der anderen Geschäftshäuser lag die Lösung des Problems in einem Neubau, in diesem Fall eines städtischen Jugendheimes. Neel schaltete sich sehr aktiv in die Lösung des Problems ein und leistete einen wesentlichen Beitrag zum Neubau eines Jugendheimes, indem er aus dem so genannten McCloy-Fonds einen Zuschuss für das Projekt in Höhe von 125.000 DM, der Hälfte der Baukosten, beschaffte.<sup>42</sup> Dann bemühte er sich in Zusammenarbeit mit dem GYA-Offizier von HMP auch darum, das Civic Center als Zwischenlösung in einer Turnhalle unterzubringen, als der Neubau nicht zeitgerecht fertiggestellt werden konnte. Im April 1952 war schließlich das neue „Haus der Jugend“ an der Römerstraße fertiggestellt und das Problem damit nicht zuletzt dank Neels Einsatz endgültig gelöst.

Das „Haus der Jugend“ war übrigens nicht das einzige Projekt in Heidelberg, das mit Hilfe des Residenzoffiziers Unterstützungsmittel aus dem McCloy-Fonds erhielt. Insgesamt vermittelte Neel für Stadt und Landkreis über 500.000 DM Zuschüsse, wovon die größten Anteile, abgesehen vom „Haus der Jugend“ in den Bau einer Schwesternschule in Heidelberg und ein Jugendzentrum in Malsch flossen.<sup>43</sup>

### 5. Bilanz der Tätigkeit des Residenzoffiziers

Eine kurze Bilanz und Würdigung der Arbeit von William T. Neel und seinen amerikanischen Mitarbeitern soll das Bild dieses Wirkens abschließend vervollständigen. Folgt man den seinerzeit öffentlich verlautbarten Wertungen der Heidelberger Verwaltungsspitze und der Lokalpresse, so fällt das Urteil eindeutig positiv aus. So bescheinigte etwa Oberbürgermeister Dr. Swart Neel im Zusammenhang mit der Freigabekampagne für die Textilhäuser Ende 1949, dass er seine „Vermittlerrolle in bereitwilligster Weise“ wahrnehme, und der Erste Bürgermeister Josef Amann meinte etwa ein Jahr später in einem anderen Zusammenhang vor dem Stadtrat, dass „Mr. Neel immer Verständnis [für die Anliegen der Stadt] zeige.“<sup>44</sup>

Im Rückblick muss man allerdings kritisch fragen, ob es sich bei solchen Äußerungen wirklich um den Ausdruck von Verbundenheit und Dankbarkeit handelte. Es könnte sich auch nur um das Wohlwollen des Residenzoffiziers erheischende Schmeicheleien oder Höflichkeitsfloskeln gehandelt haben. Schließlich war man sich in Heidelberg seiner einfluss-

reichen Position sehr wohl bewusst und hatte erkannt, das man nur Vorteile davon hatte, wenn man sich mit ihm gut stellte. Dass man sein Wohlwollen gelegentlich „erkaufen“ wollte, dafür gibt es durchaus Hinweise.<sup>45</sup> Dennoch, auch wenn solche Überlegungen eine Rolle gespielt haben, insgesamt scheinen es durchaus ehrliche Anerkennung und Wertschätzung gewesen zu sein, die der Oberbürgermeister und der Erste Bürgermeister der Arbeit des Residenzoffiziers zollten. Das wird nicht zuletzt deutlich in der Würdigung, die die Stadt aus Anlass von Neels Verabschiedung im Juni 1952 veröffentlichten ließ:

„Die Stadt Heidelberg verliert in Mr. Neel einen Mann, der stets allen Nöten der Stadtverwaltung und der Bürger großes Verständnis entgegengebracht hat und aufrichtig bemüht war, den Deutschen zu helfen, soweit es in seiner Macht lag. Er ist einer der ersten Amerikaner gewesen, die die Lösung des Wohnungsproblems nur im Bau von neuen Unterkünften für die Besatzungsmitglieder sahen und hat dies seinen vorgesetzten Dienststellen immer wieder durch Berichte vor Augen geführt. Die amerikanischen Neubauten auf dem neuen Bahngelände, wodurch die Freigabe der meisten beschlagnahmten Heidelberger Geschäftshäuser möglich wurde, ist nicht zuletzt auf sein ausdauerndes Bemühen zurückzuführen. Seine Aufgabe war nicht leicht, da er einerseits die Deutschen öfter enttäuschen mußte, weil er nicht alle ihre Wünsche erfüllen konnte, und andererseits, da er die Dienststellen der Armee durch seine ständigen Eingaben und Gesuche viel Arbeit und Kopfzerbrechen bereitete. Der ... Kommandeur von Heidelberg Military Post, Col. Lloyd, pflegte ihn bei seinen regelmäßigen Besuchen zu begrüßen: ‚Hallo Bill, was willst du heute schon wieder für die Deutschen haben?‘“<sup>46</sup>

Diese Würdigung hat auch im Rückblick vollinhaltlich Bestand. Sicher, das, was William T. Neel, William T. Fitzer und Edward E. Masters in Heidelberg leisteten, war für sie als Residenzoffiziere nicht ungewöhnlich und ging kaum über ihren offiziellen Auftrag hinaus. Ein Amerikaner könnte an ihrer Arbeit womöglich wenig Spektakuläres finden. Aus deutscher Sicht muss aber ein anderes Bewertungskriterium gelten. Auch wenn Neel und seine Mitarbeiter nur das getan haben, was von ihnen qua Amt erwartet wurde, so kann man durchaus etwas Vorbildliches darin erkennen, dass ehemalige amerikanische Offiziere, die noch wenige Jahre zuvor erbittert gegen die Deutschen gekämpft hatten und Zeuge der in ihrem Namen verübten Gräueltaten geworden waren, sich alle Mühe gaben, denselben Deutschen ihr schweres aber selbstverschuldetes Los zu erleichtern.

Ein wichtiger Punkt wurde allerdings in der Würdigung der Stadt vergessen oder – das ist angesichts der zu jener Zeit fehlenden Einsicht in die Bedeutung wahrscheinlicher – bewusst nicht erwähnt: der wichtige Beitrag

des Residenzoffiziers bei der Demokratisierung. In einer Zeit, in der man unter den Stichworten „Zivilgesellschaft“ und „Bürgergesellschaft“ viel darüber nachdenkt, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann, darf man schon mit einer gewissen Bewunderung vermerken, dass Neel und seinen Mitarbeitern seinerzeit genau das in einem erstaunlichen Umfang gelungen war. Und ebenso darf man darüber erstaunt sein, wie viel davon später wieder verloren ging. Jedenfalls haben Neel und seine Mitarbeiter es auch deswegen verdient, in Heidelberg nicht ganz in Vergessenheit zu geraten.

### Anmerkungen

- 1 Heidelberg Tageblatt (künftig HTB) vom 6.6.1952.
- 2 Gimbel, John: A German Community under American Occupation. Marburg, 1945–1952, Stanford 1961, S. 202.
- 3 Rhein-Neckar-Zeitung (künftig RNZ) vom 21.2.1950.
- 4 Zur ersten Phase der amerikanischen Militärregierung in Heidelberg siehe Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit, Heidelberg 1994, S. 45–46.
- 5 Die Berichterstattung des Residenzoffiziers umfasst u.a. Wochenberichte mit einem Umfang von je 30–60 Schreibmaschinenseiten. Diese Art der Berichterstattung wurde bis Anfang 1950 fortgeführt. Sie ist heute eine vorzügliche Quelle für die lokalgeschichtliche Forschung und wurde auch für diesen Aufsatz intensiv genutzt. Die Berichte des LSO bis August 1949 stehen mikroverfilmt im Generallandesarchiv Karlsruhe (künftig GLA) der Forschung zur Verfügung. Die Berichte von September 1949 bis Januar 1950 sind einsehbar bei den amerikanischen National Archives II (NARA), College Park, MD, in der Record Group 466.
- 6 Siehe dazu als neuere Untersuchung Hermann-Josef Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993.
- 7 GLA, OMGUS-Akten, 12/11-3/4: Weekly Intelligence Report LSO SK/LK Heidelberg (künftig WIR), 6.6.1948.
- 8 Stadtarchiv Heidelberg (künftig StA), AA 25: Protokoll der Sitzung des Stadtrates am 9.9.1948.
- 9 Lynch war von Juni 1947 bis April 1948 Leiter des LSO. Er hatte im November 1948 das in der Sache gerechtfertigte aber aus seiner Sicht anmaßende Auftreten zweier städtischer Angestellter einem amerikanischen Offizier gegenüber zum Anlass genommen, Oberbürgermeister und Stadtrat in barschem militärischen Ton zurechtzuweisen. Siehe StA, AA 25: Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 11.11.1947.
- 10 Frau Phyllis Vits-Mühlen, Heidelberg, die mit der Familie Neel befreundet war, in einem Interview mit dem Verfasser am 17.1.2001.
- 11 Lee, Guy A.: The Field Organization of the U.S. High Commissioner for Germany, 1949–1952. History Division, Office of the Executive Secretary, Office

- of the U.S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952, S. 61. Übersetzung durch den Verfasser.
- 12 Interview des Verfassers mit Frau Eduarda von Keber, Heidelberg, am 20.1.2001 (HTB 10.5.1951).
  - 13 RNZ vom 31.1.1948.
  - 14 Siehe GLA: OMGUS-Akten, 12-11-3/4 (WIR 18.6.1948), 12-11-3/5 (WIR 1.1.1950).
  - 15 Siehe ebd. und StA, AA 239m, 2a: Aktenvermerk Referat I vom 24.2.1950.
  - 16 GLA, OMGUS-Akten, 12-11-3/5 (WIR 20.1.1949).
  - 17 Siehe Heidelberger Amtsanzeiger (künftig HAA) vom 14.10.1949. Dort werden als noch requiriert gelistet: 453 Wohngebäude mit 1.133 Wohnungen, 27 Hotels und Pensionen, 13 Gaststätten und Restaurants, 22 öffentliche Gebäude, 19 komplett und weitere 23 teilweise requirierte gewerblich genutzte Gebäude. Daneben waren diverse Turnhallen, Sportplätze, das Thermalbad, eine große Zahl von Parkplätzen und sonstigen Verkehrs- und Freiflächen sowie kleinere Einrichtungen wie z. B. Kiosks beschlagnahmt.
  - 18 StA AA 50, 18: Schreiben Überparteiliche Arbeitsgemeinschaft an den Oberbürgermeister vom 17.3.1949. Der ÜPAG gehörten zu diesem Zeitpunkt an der Heidelberger Frauenverein, die Interessengemeinschaft der ausgesiedelten Deutschen, der Freiwirtschaftsbund, die Studentenschaft, der Bund der Fliegergeschädigten, die Deutsche Volkspartei (DVP/FDP) und die Neue Partei.
  - 19 NARA, RG 466, U.S. High Commission for Wuerttemberg-Baden, Field Operations Division, Kreis Resident Officer Weekly Intelligence Reports 1949–1950 (WIR 1.1.1950).
  - 20 Ebd.
  - 21 OMGUS bzw. HICOG boten im Rahmen der re-orientation seit 1948 vielen Deutschen in verantwortlichen Positionen, die sie als künftige Multiplikatoren für ihre Zielsetzung betrachteten, einen meist mehrmonatigen USA-Aufenthalt mit Einweisungen in ihrem jeweiligen politischen oder beruflichen Betätigungsfeld an. An diesem Programm nahmen in den Jahren 1949–1952 aus Heidelberg u.a. teil die Stadträte/innen Agnes Beck, Adolf Engelhardt, Max März und Hannah Walz, Landgerichtspräsident Dr. Hanns Anschütz, Stadtpfarrer Rudolf Kerr und der 2. Beigeordnete Josef Harnisch.
  - 22 Siehe RNZ und HTB vom 7.4.1952.
  - 23 Siehe dazu Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison, 1948/49–1955. Diss. Heidelberg 2000, S. 138–144.
  - 24 Siehe RNZ vom 15.5.1950.
  - 25 Siehe etwa HAA 26.8.1949.
  - 26 Aus dem amerikanischen Verteidigungshaushalt wurden zwar das Gehalt der amerikanischen Soldaten, deren militärische Ausrüstung sowie der unmittelbar militärische Dienstbetrieb (Übungen, Manöver etc.) bezahlt. Für die Kosten der Unterbringung der Truppen und ihrer Angehörigen sowie für die Entlohnung der zahlreichen Besatzungsbediensteten, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, musste dagegen der deutsche Steuerzahler aufkommen. Was das bedeutete, kann man ermesen, wenn man weiß, dass 1950 allein im Bereich HMP

- fast 12.000 Deutsche beschäftigt waren; damit kam 1 deutscher Besatzungsbediensteter auf etwa 1,5 Amerikaner.
- 27 Siehe GLA, OMGUS-Akten, 12-11-3/4 (WIR 2.7.1948).
  - 28 Siehe HAA vom 20.1.50; HTB vom 16.2.1950.
  - 29 StA, AA 252a, IV: Aktennotiz Polizeidirektion Heidelberg vom 22.9.1949.
  - 30 NARA, RG 338, European Command, Historical Division, Program Files, Heidelberg Military Post: Regulations, Reports, Bulletins 1947–1950: Memorandum HQ USAREUR, Office of the Director of Posts, 30.11.1950.
  - 31 StA, AA 239m, 2a: Schreiben Referat I an Mr. Neel vom 16.12.1949.
  - 32 Ebd. Memorandum Office U.S. HICOG, FOD, to Mr. Neel, 19.5.1950 (Übersetzung einer Abschrift).
  - 33 Siehe RNZ vom 14.12.1949.
  - 34 Siehe Tays, George W.: The U.S. Army Construction Program in Germany. Monograph of the Historical Division, United States Army Europe, 1955, S. 5.
  - 35 Siehe RNZ und HTB vom 4.7.1951 sowie RNZ und HTB vom 31.10.1951.
  - 36 StA, AA 239 k/1, 10: Stellungnahme der Landesregierung vom 7.7.1950.
  - 37 RNZ vom 20.3.1952.
  - 38 Zum speziellen Aspekt der Hotelfreigaben siehe Scharnholtz, Theodor: „Fremdenstadt ohne Fremdenbetten“. Beschlagnahme und Freigabe der Heidelberger Hotels 1945–1955, in: HJG 4, 1999, S. 121–151.
  - 39 HTB vom 29.12.1949.
  - 40 RNZ vom 21.2.1950.
  - 41 Siehe StA, AA 277 a/1: Aktenvermerk Referat I vom 22.12.1950.
  - 42 Der McCloy-Fonds, offiziell U.S. HICOG Special Projects Program, war ein besonderer Etat des amerikanischen Hohen Kommissars, aus dem Projekte in den Bereichen Jugendarbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit gefördert wurden. Siehe Gillen, John F.J.: The Special Projects Program of the Office of the U.S. High Commissioner for Germany, HICOG Historical Division Monographs, o. O. 1952.
  - 43 Ebd., Appendix. Weitere rund 250.000 DM Fördermittel gingen an die Universität Heidelberg.
  - 44 HTB vom 13.12.1949 bzw. HTB vom 12.1.1951.
  - 45 Siehe StA, AA 239m, 2a: Schreiben Oberbürgermeister Dr. Swart an Mr. Neel vom 14.12.1948. Das Schreiben ist ein Abschiedsgruß Swarts an Neel, das er diesem aus Anlass eines Heimaturlaubs zusammen mit zwei Stichen überreichen ließ. Das war sicher eine übertriebene Geste und ist als Umwerbung in diesem Sinne zu werten.
  - 46 HAA vom 6.6.1952.

# Die Publikationen der Prinzhorn-Sammlung

## **Wahnsinnige Schönheit**

Bilder aus der Prinzhorn-Sammlung

Katalog

220 Seiten, 150 Abb., DM 78,-

€ 39,90

ISBN 3-88423-115-4

Inge Jádi / Bettina Brand-Claussen (Hg.)

## **August Natterer**

Monografie

400 Seiten, 180 Abb., DM 98,- € 48,95

ISBN 3-88423-161-8

Inge Jádi (Hg.)

**Leb wohl sagt mein Genie,**

**Ordugele muß sein**

Texte aus der Prinzhorn-Sammlung

322 Seiten, DM 39,80 / € 20,50

ISBN 3-88423-034-4

Inge und Ferenc Jádi (Hg.)

## **Muzika**

Kompositionen, graphische Notationen  
und bildnerische Arbeiten aus dem musikalischen  
Bereich von Geisteskranken

128 Seiten, 64 Abb., DM 38,- / € 19,50

ISBN 3-88423-060-3

## **Sprachlöchersterne**

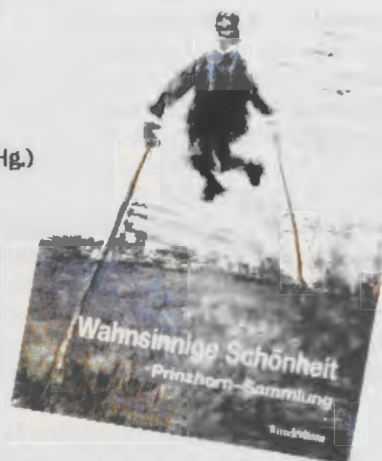
CD, 68 Minuten

Dichtung und Wahrheit von Geisteskranken  
aus der Prinzhorn-Sammlung.

Gelesen von Herbert Fritsch

DM 36,- / € 18,50

ISBN 3-88423-133-2



Fordern Sie unser Verlagsverzeichnis an:

Verlag Das Wunderhorn · Bergstrasse 21  
69120 Heidelberg · [www.wunderhorn.de](http://www.wunderhorn.de)